

## BESCHLUSSPROTOKOLL

Gremium	Sitzung am	Seiten insgesamt
Stadtrat	10.02.2026	

Sitzungsort	im Ratssaal des Rathauses, Mannheimer Str. 24
Sitzungsdauer	17:00 - 20:53 Uhr

Öffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil des Protokolls sind.

---

Vorsitzende

---

Schriftführer

Sitzungsteilnehmer siehe beiliegendes Teilnehmerverzeichnis.

Die Tagesordnung ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass zu dieser ordnungsgemäß, unter schriftlicher Mitteilung der Tagesordnung, eingeladen wurde.

Beschlussfähigkeit im Sinne des § 39 Gemeindeordnung (GemO) liegt vor.

Gegen die vorliegende Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Das Gremium beschließt die Änderung/Ergänzung der Tagesordnung in der neuen Fassung:  
Im nichtöffentlichen Teil werden zwei Tagesordnungspunkte (TOP) ergänzt, die als TOP 12 und TOP 13 in die Tagesordnung aufgenommen werden. Die bisherigen TOP 11 und TOP 12 werden zu TOP 14 und TOP 15.



Tagesordnung:Öffentliche Sitzung:

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Bebauungsplanentwurf „Spielbergweg“  
hier: Abwägungsbeschluss über die Stellungnahmen im Rahmen des frühzeitigen Beteiligungsverfahrens § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB und Durchführung des förmlichen Beteiligungsverfahrens gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB
- 3 Friedhofsentwicklungsplan Grethen-Hausen
- 4 Landesprojekt Urbane Sicherheit  
Maßnahme der Stadt Bad Dürkheim: Durchführung einer lokalen Sicherheitsanalyse (Sicherheitsbefragung)
- 5 Kommunalbeamtinnen und Kommunalbeamte auf Zeit  
hier: Unterrichtung über Nebentätigkeiten im Jahr 2025
- 6 Unterrichtung des Stadtrates gem. § 33 Abs. 2 GemO über die im Jahr 2025 mit Rats- und Ausschussmitgliedern, Ortsbeiratsmitgliedern sowie mit städtischen Bediensteten geschlossenen Verträge
- 7 "Beflaggung mit der Progress-Pride-Flagge jährlich zum Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie (IDAHOBIT) am 17. Mai";  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.02.2026
- 8 "Aussetzen der Erhebung von Parkgebühren auf den Parkplätzen "Michelsberg", "Nonnengarten" und "Krankenhaus"; Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 4.2.2026
- 9 Informationen  
- Therme
- 10 Anfragen

Anwesenheitsliste

Stadtrat

vom 10.02.2026

Bürgermeisterin:

Bauernschmitt, Natalie

Erster Beigeordneter:

Güther, Claudius

Beigeordnete:

Strobel, Angela

Ester, Gerd

CDU-Fraktion:

Bart, Rolf

Brand, Thorsten

ab 17:04 Uhr

Busch, Judith

Darting, Helmut

Hoffmann, Gisela

Kalbfuß, Thomas

Michler, Christine

Steiniger, Johannes

bis 18:50 Uhr

Wolf, Andreas

Wolf, Markus

Zackiewicz, Jana

Entschuldigt:

Schneeganß, Peter

SPD-Fraktion:

Brust, Alexander

bis 19:55 Uhr

Brust, Karl

Lang, Ralf

Mackensen-Geis, Isabel

Stepp, Ina

Entschuldigt:

Kissel, Kerstin

FWG-Fraktion:

Freunscht, Jürgen  
Günther, Axel G.  
Karst, Uli  
Krick, Frank  
Schmitt, Jochen

Entschuldigt:

Krauß, Uwe

FDP-Fraktion:

Eymael, Jan  
Schubert, Walter

Entschuldigt:

Dick-Walther, Petra

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Bruns, Johanna ab 17:04 Uhr  
Giel, Thomas, Prof.  
Hagen, Judith  
Heißler, Sibylle  
Mühlbeier, Ralph

Stadtwerke GmbH:

Kistenmacher, Peter, Dr.  
Schlömer, Irina

Verwaltungsmitarbeiterin:

Feigel, Stefanie  
Müller, Petra  
Schneider-Joseph, Christine

Verwaltungsmitarbeiter:

Schimmel, Joachim  
Sokolowski-Kühn, Maik  
Wietschorke, Steffen

Schriftführer:

Friedrich, Dirk

## ÖFFENTLICHE SITZUNG

### Tagesordnungspunkt 1:

Einwohnerfragestunde

Bürgermeisterin Bauernschmitt informiert, dass eine schriftliche Anfrage eines Bürgers vorliegt.

Sie verliest beide Fragen und die Antworten der Verwaltung hierzu:

- 1.) Die Ahmadiyya plant den Bau einer Moschee im Bad Dürkheimer Bruch. Gehört das für den Bau ins Auge gefasste Grundstück der Stadt?

#### Antwort:

Nein, das Grundstück steht nicht im Eigentum der Stadt Bad Dürkheim.

- 2.) Die Ahmadiyya praktiziert eine extreme Form der Geschlechtertrennung, arrangiert Ehen und hält Frauen von der deutschen Mehrheitsgesellschaft fern. Wie bewertet die Stadt Bad Dürkheim dies vor dem Hintergrund des geplanten Moscheebaus?

#### Antwort:

Derartige Überlegungen sind für die baurechtliche Prüfung nicht relevant.

### Tagesordnungspunkt 2:

Bebauungsplanentwurf „Spielbergweg“

hier: Abwägungsbeschluss über die Stellungnahmen im Rahmen des frühzeitigen Beteiligungsverfahrens § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB und Durchführung des förmlichen Beteiligungsverfahrens gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB

Vorlage: 2026/0003/2.1

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in den Tagesordnungspunkt ein und verwies auf die Beschlussvorlage mit Anlagen und die gemeinsame Beratung des Ortsbeirates Ungstein mit dem Bau- und Entwicklungsausschuss am 29.01.2026.

Nachdem keine Fragen gestellt wurden, erfolgte die Beschlussfassung.

#### Beschluss:

1. Es wird beschlossen, den Geltungsbereich auf den bestehenden Teil des Spielbergweges zurückzunehmen. Der zukünftige Geltungsbereich soll sich somit auf den südlichen Teil des ursprünglichen Geltungsbereiches beschränken.
2. Die Stadt Bad Dürkheim beschließt über die während den Beteiligungsverfahren gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen entsprechend der Sachdarstellung sowie der Beschlussvorschläge in der Anlage 1.
3. Der vorliegende Entwurf des Bebauungsplanes (Anlage 2-3) wird zur Durchführung der Beteiligungsverfahren gemäß §§ 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB gebilligt (Offenlagebeschluss).

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

### Tagesordnungspunkt 3:

Friedhofsentwicklungsplan Grethen-Hausen

Vorlage: 2025/0321/FB3

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in den Tagesordnungspunkt ein. Die bisher gekannte Friedhofskultur und das Friedhofswesen seien im Umbruch.

Die Friedhofsentwicklungsplanung gewinne für Kommunen zunehmend an Bedeutung. Neue gesetzliche Anforderungen sowie Veränderungen im Bestattungsverhalten, insbesondere die steigende Nachfrage nach pflegearmen Grabformen wie Urnengräbern, machen eine vorausschauende Planung notwendig

Der Friedhofsentwicklungsplan bilde mithin eine fachliche und planerische Grundlage für kommunalpolitische Entscheidungen.

Sie dankt den Verantwortlichen in der Stadtverwaltung, namentlich Christine Schneider-Joseph und Beigeordneter Gerd Ester, für die umfangreiche Erarbeitung der Vorlage mit Entwurf des „Friedhofentwicklungsplanes Grethen-Hausen“.

Der Ortsbeirat Grethen-Hausen habe in seinen Sitzungen vom 24.9.2025 und 03.12.2025 darüber beraten und dem Entwurf ebenso einstimmig zugestimmt wie der Haupt- und Finanzausschuss bei seiner ausführlichen Beratung am 03.02.2026.

Ratsmitglied Eymael dankt den Verantwortlichen für den detaillierten Friedhofsentwicklungsplan. Er möchte Auskunft darüber, wie die wirtschaftliche Lage der Friedhöfe verbessert werden kann. Was könne daraus für die anderen Friedhöfe abgelesen werden. Wie können die Friedhöfe wirtschaftlicher gepflegt werden?

Beigeordneter Ester erklärt, dass Ziel müsse sein, die Bestattungen auf den städtischen Friedhöfen wieder attraktiver zu machen und gleichzeitig die Pflege der Flächen effizienter zu gestalten. Die Analyse durch die Verwaltung zeige unter anderem, dass der Friedhof in Grethen-Hausen zu groß sei, was Pflege- und Bewirtschaftungskosten steigen lasse. Langfristig soll die Friedhofsfläche verkleinert werden, ein Teil des Areals soll zu einer parkähnlichen Anlage umgestaltet werden, um die Aufenthaltsqualität zu erhöhen. Flächen, die für Sargbestattungen vorgesehen seien, sollen stillgelegt werden.

Es müsse eine Übersicht der städtischen Friedhöfe mit Perspektiven und Maßnahmenkatalog erstellt werden.

Die Friedhofsgebühren seien derzeit am unteren Rand in Rheinland-Pfalz.

Für die April-Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses und des Stadtrates würden die „Änderung der Friedhofssatzung“ und die „Änderung der Friedhofsgebührensatzung“ zur Beratung und Beschlussfassung vorbereitet.

Ratsmitglied Bruns lobte, dass von Anfang an die Barrierefreiheit mit eingeplant wurde.

Ratsmitglied Kalbfuß lobte, dass die richtigen Schritte eingeleitet wurden. Es wurden fundierte Grundlagen geschaffen, die es ermöglichen, auch für die anderen städtischen Friedhöfe in den kommenden Jahren, wenn auch weniger umfangreich, Analysen über die künftige Entwicklung und die notwendigen Maßnahmen zu erstellen.

Ratsmitglied Lang regte eine Erhebung in der Bevölkerung über die Friedhofsbedarfsentwicklung an. Dadurch könnte ermittelt werden, wo und wie die Bad Dürkheimerinnen und Bad Dürkheimer bestattet werden wollen.

Beigeordneter Ester möchte mit dem Maßnahmenkatalog und der Pflege der Bestattungsflächen die Attraktivität der Dürkheimer Friedhöfe erhöhen, um dort wieder vermehrt Beerdigungen durchzuführen. Die aktuell bevorzugten Bestattungen im Ruheforst könnten dadurch reduziert werden.

Ratsmitglied Karl Brust sieht das skeptisch, da die Beerdigungen im Ruheforst preiswerter seien. Daran würden auch die vorgesehenen Verbesserungen auf den städtischen Friedhöfen nichts ändern.

Beschluss:

Der Friedhofsentwicklungsplan für den Friedhof Grethen-Hausen wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig mit Stimmenthaltung  
Ja: 28 , Nein: 0 , Enthaltung: 1 , Befangen: 0

Tagesordnungspunkt 4:

Landesprojekt Urbane Sicherheit

Maßnahme der Stadt Bad Dürkheim: Durchführung einer lokalen Sicherheitsanalyse (Sicherheitsbefragung)

Vorlage: 2026/0027/FB3

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in den Tagesordnungspunkt ein. Sie informiert, dass die Stadt Bad Dürkheim sich seit 2021 als Modellstadt am Landesprojekt „Urbane Sicherheit“ beteilige.

Bad Dürkheim sei eine von mehreren Modellstädten in Rheinland-Pfalz, die sich an dem vom Ministerium des Innern und für Sport initiierten Projekt beteiligen. Gemeinsam mit Mainz, Neuwied, Pirmasens, Speyer und Trier werden kriminalpräventive Strategien zur Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Raum sowie bei Veranstaltungen entwickelt, wobei auch Aspekte der Stadtentwicklung berücksichtigt werden.

Im Rahmen der zweiten Projektphase plane die Stadt die Durchführung einer anonymen, appbasierten Sicherheitsbefragung, um ein umfassendes Bild der subjektiven Sicherheitswahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger zu erhalten. Die Maßnahme würden durch Landesmittel finanziert.

In der heutigen Stadtratssitzung erfolge die Vorstellung des Entwurfs eines Fragebogens für die stadtweite Sicherheitsbefragung, die am 19. Februar 2026 starten werde.

Der Entwurf des Fragebogens sei vom Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (ism gGmbH) erarbeitet worden. In die Entwicklung waren unter anderem die Polizei, Schulen, der öffentliche Personennahverkehr sowie Sozialverbände eingebunden. Die fachliche Auswertung der späteren Umfrageergebnisse soll eine fundierte Analyse ermöglichen und als Grundlage für gezielte Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheit und des Sicherheitsgefühls in Bad Dürkheim dienen.

Die Bewerbung der Befragung erfolge über das Amtsblatt sowie die Social-Media-Kanäle der Stadt.

Bürgermeisterin Bauernschmitt betont, dass Im Mittelpunkt der Online-Umfrage das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung stehe. Sicherheit sei ein zentraler Faktor für die Lebensqualität und das Wohlbefinden in Bad Dürkheim. Man möchte mit der Umfrage erfahren, wie sicher sich die Menschen in Bad Dürkheim fühlen und wo Verbesserungsbedarf gesehen werde. Die Rückmeldungen hätten für die künftige Arbeit große Bedeutung.

Erster Beigeordneter Güther ergänzt, dass die Umfrage bewusst niedrigschwellig gestaltet wurde, damit möglichst viele Bürgerinnen und Bürger teilnehmen könnten. Nur wenn die Verwaltung wisse, wo sich Menschen unsicher fühlten, könnte gezielt und wirksam gegengesteuert werden.

Die Bürger seien aufgerufen, knapp 30 Fragen zu beantworten, von denen die meisten Unterpunkte aufweisen. Gefragt werde beispielsweise nach gefährlichen Stellen im Straßenverkehr, aber auch nach Orten, die Bürgerinnen und Bürger aus Sorge um ihre Sicherheit im Dunkeln meiden. Ebenso werden die Bad Dürkheimer nach ihrem Vertrauen in Einrichtungen wie Polizei, Ordnungsamt und Feuerwehr befragt.

Ratsmitglied Lang fragt nach, wie diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die sich noch nicht im digitalen Zeitalter zurechtfinden, an der Umfrage teilnehmen können. Wäre eine Umfrage auf Papier, ergänzend zur Online-Umfrage, nicht möglich.

Bürgermeisterin Bauernschmitt teilt mit, dass es eine Umfrage auf Papier wegen des hohen Verwaltungsaufwandes nicht geben werde. Man werde im Mehrgenerationenhaus die Möglichkeit schaffen, den Fragebogen digital unter Anleitung auszufüllen.

Ratsmitglied Schubert weist darauf hin, dass man sich nach der Auswertung der Umfrage dem Ergebnis stellen müsse, auch wenn dieses dann Maßnahmen nach sich ziehe, die finanzielle Mittel notwendig machen.

Ratsmitglied Mühlbeier betont, dass die Anonymität der Befragten sichergestellt sein müsse. Er begrüße die Möglichkeit der Teilnahme von Jugendlichen ab 14 Jahren, denn auch deren Sicherheitsempfinden sei wichtig in der Gesamtauswertung.

Erster Beigeordneter Güther informiert, dass die Anonymität sichergestellt sei. Das Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH habe breite Erfahrung und beachte den Datenschutz.

Der Zugang für Jugendliche sei wichtig, um das Gefährdungsempfinden z.B. aus den sozialen Medien erkennen zu können.

Ratsmitglied Markus Wolf hat keine Angst vor dem Ergebnis. Er sieht vielmehr einen Auftrag an den Stadtrat, Werbung für die Beteiligung an der Umfrage zu machen, damit sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger beteiligen. Es sei wichtig, möglichst viele Menschen zu erreichen. Man bekomme ein detaillierteres Bild bei großer Beteiligung. Dies sei wichtig, um die tatsächliche Gefährdungslage für Bad Dürkheim erkennen zu können.

Nach der Auswertung müssten die richtigen Schlüsse gezogen werden.

#### Beschluss:

Der Stadtrat nimmt den erarbeiteten Fragebogen zur Durchführung einer lokalen Sicherheitsanalyse (Sicherheitsbefragung) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Tagesordnungspunkt 5:

Kommunalbeamtinnen und Kommunalbeamte auf Zeit  
 hier: Unterrichtung über Nebentätigkeiten im Jahr 2025  
 Vorlage: 2026/0013/FB1

Anmerkung:

Im letzten Absatz der Sitzungsvorlage vom 3. Februar 2026 wurde erwähnt, dass die Genehmigung der Nebentätigkeiten der Bürgermeisterin der Stadt Bad Dürkheim am 12.01.2026 beantragt wurde und die Genehmigung der Kommunalaufsicht des Landkreises Bad Dürkheim noch ausstehe.

Bürgermeisterin Bauernschmitt informiert den Stadtrat darüber, dass diese Genehmigung inzwischen vorliege.

Beschluss:

Die vorgelegte Übersicht über Art und Umfang der innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes ausgeübten Nebentätigkeiten und Ehrenämter von Bürgermeisterin Natalie Bauernschmitt sowie über die Höhe der dadurch erzielten Vergütungen im Kalenderjahr 2025 werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Tagesordnungspunkt 6:

Unterrichtung des Stadtrates gem. § 33 Abs. 2 GemO über die im Jahr 2025 mit Rats- und Ausschussmitgliedern, Ortsbeiratsmitgliedern sowie mit städtischen Bediensteten geschlossenen Verträge  
 Vorlage: 2026/0014/FB1

Ratsmitglied Lang bittet um Auskunft zu Nachfragen seiner Fraktion in Bezug auf die unterschiedlich aufgeführten Beträge beim Wurstmarkt 2025.

Gemäß der Entgeltordnung für den Dürkheimer Wurstmarkt 2025 wären für Weinausschank- und Speiseverkaufsstände im Weindorf pauschal 2.400 € und für Schubkarchstände pauschal 1.700 € erhoben worden.

Wie kamen die unterschiedlichen Beträge bei dem einzelnen Beschickern zu Stande? Beispiel: 1.700 € pauschal aber 2.350,25 € (WG Neu) oder 2.171,75 € (WG Schrah)  
 Oder Weindorf – 2.400 € pauschal aber jetzt 3.147,55 €.

Bürgermeisterin Bauernschmitt sagt eine Erklärung im Rahmen des Beschlussprotokolls zur heutigen Sitzung zu.

Erklärung von Fachbereich 4:

Die unterschiedlich aufgeführten Beträge ergaben sich aus den von den jeweiligen Weinbaubetrieben gemeldeten Zusatzleistungen.

Diese umfassen u.a. Abstellgenehmigungen für Kühlwagen, Zufahrtsberechtigungen, Wechseltickets, Genehmigungen für den Zwischenmarkt sowie das Bewerbungsentgelt.

Einzelne dieser Leistungen seien zudem Umsatzsteuerpflichtig. In den Vorjahren mussten diese Zusatzleistungen alle einzeln in der Tourist Info erworben werden.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt die Unterrichtung über die im Jahre 2025 mit Rats- und Ausschussmitgliedern, Ortsbeiratsmitgliedern sowie mit städtischen Bediensteten geschlossenen Verträge zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Tagesordnungspunkt 7:

"Beflaggung mit der Progress-Pride-Flagge jährlich zum Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie (IDAHOBIT) am 17. Mai";

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.02.2026

Vorlage: 2026/0028/FB1

Fraktionsvorsitzende Judith Hagen erläutert den Antrag.

Durch das Hissen der Flagge setze die Stadt ein klares Zeichen für Vielfalt, Toleranz und gegen Diskriminierung. Es werde damit allen Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität oder Hautfarbe signalisiert, dass sie in Bad Dürkheim willkommen sind und respektiert werden.

Bürgermeisterin Bauernschmitt informierte, dass die rechtlichen Voraussetzungen geprüft wurden. Es bestünden keine rechtlichen Bedenken gegen das Hissen der Progress-Pride-Flagge am Rathaus.

Alle Fraktionen stimmen dem Antrag einhellig zu. Bad Dürkheim sei eine offene und lebenswerte Stadt. Ausgrenzung hätte hier keinen Platz. Die Werte des gesellschaftlichen Zusammenlebens würden geachtet.

Beschluss:

Die Stadt Bad Dürkheim hisst jährlich am 17. Mai, dem Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie (IDAHOBIT), die Progress-Pride-Flagge am Rathaus.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

### Tagesordnungspunkt 8:

"Aussetzen der Erhebung von Parkgebühren auf den Parkplätzen "Michelsberg", "Nonnengarten" und "Krankenhaus"; Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 4.2.2026  
Vorlage: 2026/0029/FB2

Ratsmitglied Schubert erläutert den Antrag, die Parkgebühren auf den Parkplätzen in der Silz, an der Gutleutstraße und am Krankenhaus bis auf Weiteres auszusetzen.

Die Parkplätze befänden sich in einem parkplatzunwürdigen Zustand. Unebenheiten, Schlaglöcher und Pfützen seien an der Tagesordnung. Die Erhebung von Parkgebühren sei unter diesen Umständen nicht gerechtfertigt.

Bürgermeisterin Bauernschmitt verweist darauf, dass das Parkraumbewirtschaftungskonzept nach einem ausführlichen Prozess und nach Vorberatungen im Bau- und Entwicklungsausschuss im Stadtrat vom 28.10.2025 beschlossen wurde. Damals wurde mit Stimmenmehrheit der Vorschlag zur Anpassung der Parkraumbewirtschaftung und der Gebührenerhebung auf den drei genannten Parkplätzen am Wochenende beschlossen. Der Zustand der Parkplätze sei schon damals Gegenstand der Diskussion gewesen. Es erfolge eine permanente Unterhaltsleistung im Rahmen der Haushaltsmittel 2026 durch einen Dienstleister oder den Baubetriebshof.

Es sei allerdings aktuell vorgesehen, den Parkplatz am Krankenhaus attraktiver und die Parkraumordnung anders zu gestalten.

Bei den beiden Parkplätzen an der Gutleutstraße werde man eine Höhenbegrenzung installieren.

Die Verwaltung sehe den Antrag als obsolet an und sieht sich an den Beschluss vom Oktober 2025 gebunden.

Ratsmitglied Schmitt empfindet diesen Antrag in Zusammenhang mit der im März stattfindenden Landtagswahl als Wahlkampfaktik. Er zeigt sich verwundert, dass ausgerechnet die FDP, die ja immer auf Sparsamkeit bedacht sei, einen Verzicht auf Einnahmen beantrage. Es gebe keine „Goodies“ zu verteilen. Die Gebühren seien schon vor längerer Zeit beschlossen worden, auch der Zustand der Parkplätze im Herbst und Winter sei bekannt. Im Haushalt 2026 wurden daher auch entsprechende Unterhaltungskosten finanziert. Dadurch können turnusmäßige Instandsetzungsarbeiten, sobald dies witterungsbedingt möglich ist, durchgeführt werden.

Ziel sei es gewesen, die Dürkheimer nicht stärker zu belasten, daher würden Gebühren nur am Wochenende erhoben. Es wäre das falsche Vorgehen, die Parkgebühren nicht zu erheben. Diese Gebühren ermöglichen die notwendigen Instandsetzungsarbeiten der Parkplätze. Die Nutzung verursache schließlich auch den Zustand der Parkplätze.

Eine großräumige Versiegelung sei weder wirtschaftlich noch ökologisch sinnvoll und daher nicht gewollt.

Ratsmitglied Hagen betonte ebenfalls, dass eine Versiegelung der Flächen nicht in Frage komme. Die Gebühren zurückzunehmen, käme nicht in Frage. Dies wäre das falsche Signal. Es sei aktuell richtig, dass die Plätze viel Matsch und Löcher aufwiesen. Es sollte daher geprüft werden, ob die Pflegeintervalle intensiviert werden können, um den Platz in Stand zu setzen.

Ratsmitglied Markus Wolf dankt zunächst Jochen Schmitt für seine Stellungnahme.

Man habe sich den Schritt nicht leicht gemacht, die Gebühren zu erheben. Ziel sei es gewesen, um weitere Steuererhöhungen heranzukommen. Einen Rückzieher zu machen, halte er für den falschen Weg. Er verweist auf den Grundsatzbeschluss einer soliden Haushaltspolitik. Dabei

müssten alle Ausgaben und Einnahmen geprüft werden und notfalls seien dann auch Kostenerhöhungen zu beschließen.

Die Parkplätze in der Silz und an der Gutleutstraße seien in ordentlichem Zustand, problematisch sei nur der Parkplatz am Krankenhaus. Dieser sollte sobald als möglich in Ordnung gebracht werden. Er sieht einen klaren Auftrag an die Verwaltung, die Unterhaltungsintervalle stärker im Blick zu halten.

Ratsmitglied Lang verweist auf den Grundsatzbeschluss zur Parkraumbewirtschaftung. Der SPD-Vorschlag nach Einführung von Parkgebühren nur am Samstag/Sonntag und an Feiertagen sei berücksichtigt worden.

Man lehne die Zurücknahme der Parkgebühren ab; dies wäre kontraproduktiv.

Ratsmitglied Karl Brust bitte um Auskunft, wie die Rechte und Pflichten der Kommune an Parkplätzen seien. Wie sehe es mit Regressforderungen der Parkplatznutzer aus? Könne die Stadt für Schäden, die z.B. durch Schlaglöcher entstehen in Haftung genommen werden?

Fachbereichsleiter Wietschorke erklärte, dass die Parkplätze auf Grund der frostigen Winterwitterung Löcher aufweisen. Soweit möglich werden diese kurzfristig aufgefüllt. Man beobachte die Situation, gegebenenfalls müssten Teilbereiche abgesperrt werden.

Bei erkennbarer Unfallgefahr werde sofort eine Firma beauftragt und an den jeweiligen Gefahrenpunkt gesandt um diesen zu beseitigen. Es sei aber nicht so, dass man mit dem Wagen aufsetze. Wenn es für die Autofahrer ersichtlich sei, dass eine Straße oder ein Parkplatz in schlechtem Zustand ist, seien diese verpflichtet, langsam und vorsichtig und damit angepasst zu fahren. In aller Regel obliege die Haftungsfrage beim Autofahrer.

Ratsmitglied Eymael erklärte, seine Fraktion habe keine Rücknahme, sondern lediglich eine Aussetzung der Gebühren gefordert. Auch von einer Versiegelung des Bodens sei niemals die Rede gewesen. Die Bürger erwarteten einen guten und vernünftigen Zustand der Parkplätze bei der Einführung von Gebühren. Gute Parkplätze würden auch die Stadt Bad Dürkheim repräsentieren bei Bürgern und Gästen.

Bürgermeisterin Bauernschmitt hält die fortlaufende bedarfsorientierte Sanierung der Parkplätze für sinnvoll.

#### Beschluss:

Die Erhebung von Parkgebühren auf den Parkplätzen „Michelsberg (In der Silz)“, „Nonnengarten (Gutleutstraße)“ und „Am Krankenhaus“ wird bis auf weiteres ausgesetzt.

Eine Bewirtschaftung darf erst wieder erfolgen, wenn die Parkflächen sich in einem ordnungsgemäßen, baulich einwandfreien und parkplatzwürdigen Zustand befinden.

Abstimmungsergebnis: Abgelehnt  
Ja: 3 , Nein: 25 , Enthaltung: 1 , Befangen: 0

Tagesordnungspunkt 9:

Informationen  
- Therme

Geschäftsführer Dr. Kistenmacher informiert, dass die Kostenschätzung für den Bau der Therme weiterhin unverändert bei 49,6 Millionen Euro liege. Ausgezahlt wurden bislang 44,5 Millionen Euro. Man sei aktuell in der langen Phase der Schlussrechnungen, die vielseitige Prüfungen erfordern. Daher wird die endgültige Abrechnung noch einige Monate dauern.

Anhand einer Präsentation informierte er über die Entwicklung der Besucherzahlen seit der Eröffnung.

Anmerkung: Die Präsentation ist in das Ratsinformationssystem eingestellt.

Im Vergleich zum Jahresziel waren Therme und Sauna bislang stärker besucht als das Freizeitbad. Die Besucherzahlen lagen bisher über seinen Erwartungen. Dies kann sich aber im Laufe des Jahres jedoch ändern, da erfahrungsgemäß im Sommer eher das Freizeitbad als die Therme und die Sauna besucht werden. Erfahrungswerte aus dem Sommer zur Frequenz von Therme und Sauna liegen noch keine vor. Deshalb lässt sich aus den ersten drei Monaten noch keine Jahresprognose ableiten.

Aktuell komme es an Wochenenden aufgrund der sehr hohen Besucherzahlen teilweise zum Einlassstopp mit Warteschlangen bis auf den Wurstmarktplatz. Dies führe natürlich zu Diskussionen mit den wartenden Badegästen.

Badebetriebsleiterin Schlömer erläutert, dass die Badegäste noch häufig Informationsbedarf u.a. zu den Parkautomaten hätten. Dies verursache viel Zeit an den Kassen. Man habe zwischenzeitlich den Bereich auf der Website der wichtigsten Fragen und Antworten entsprechend erweitert

Geschäftsführer Dr. Kistenmacher ergänzt, dass die Stadt einen zusätzlichen Parkautomaten in der Nähe des Eingangs aufgestellt habe, um den Parkvorgang zu vereinfachen.

Er betont, dass noch nicht alle Stellen gemäß dem Betriebskonzept besetzt werden konnten und gleichzeitig die hohen Besucherzahlen einen verstärkten Personaleinsatz erfordern.

In diesem Zusammenhang bedankt er sich beim ganzen Salinarium Bad Dürkheim Therme-Team für die großartige in Vorbereitung der Eröffnung und lobt deren Engagement in den vergangenen Monaten.

Zum Gastronomiebetrieb führt er aus, dass dieser sehr gut angelaufen sei. Ab März 2026 komme ein weiterer Koch hinzu, der gleichzeitig stellvertretender Gastronomieleiter werde. Damit könne dann auch das gastronomische Angebot erweitert werden.

Auch der Wellnessbereich sei gut angelaufen. Es gibt bereits viele positive Rückmeldungen von den Gästen.

Seit der Eröffnung am 21.11.2025 bis zum 8.2.2026 hätten 102.706 Menschen Therme, Sauna und Freizeitbad besucht. Positiv sei, dass viele Gäste nach bisheriger Erfahrung wiederkämen und es nicht bei einem einmaligen Besuch bleibe. Dies sei für die künftige Entwicklung wichtig, denn Ziel

sei es, möglichst zahlreiche Besucher als Stammgäste zu gewinnen, damit die Therme funktioniere.

Es werden verschiedene Fragen gestellt, die von Geschäftsführer Dr. Kistenmacher und Badebetriebsleiterin Schlömer beantwortet werden.

Ratsmitglied Lang spricht das Warmaußenbecken für das Freizeitbad an, dessen Bestand in einer von seiner Fraktion unterstützten Unterschriftenaktion vor Jahren gefordert wurde.

Geschäftsführer Dr. Kistenmacher informiert, dass dieses gut angenommen werde und die Befürchtung, dass dieses Becken der Therme Gäste wegnehmen würde, aus seiner Sicht nicht zutreffe.

Ratsmitglied Eymael spricht die schwierige Kassensituation mit den langen Schlangen, vor allem an Wochenenden, an. Er fragt nach, wie es gelingen könnte, die Gäste zügiger in das Freizeitbad/Therme zu bringen.

Geschäftsführer Dr. Kistenmacher spricht zwei Ursachen für die Warteschlangen an:

1. Es kommt zu Warteschlangen, weil die Therme/Sauna voll ist und man warten müsse, bis Thermen/Saunagäste das Bad wieder verlassen.
2. Wenn viele Gäste gleichzeitig in Salinarium und Therme/Sauna möchten.

Zu 1. betont er, dass zu hohe Besucherzahlen nur an Wochenenden und in den Ferien auftreten. Mit entsprechenden Angeboten soll zukünftig versucht werden, mehr Gäste für einen Besuch unter der Woche zu gewinnen. Mit der wärmeren Jahreszeit können zusätzlich die Außenbereiche genutzt werden, wodurch sich die Kapazität erhöhen wird.

Zu 2. sieht er es als technisch möglich an, eine weitere Kasse zu installieren. Gerade mit Blick auf die Freibadsaison, müsse dies vor allem für die Wochenenden und Ferien geprüft werden. Für diese Zeiten ist es jedoch schwieriger, Aushilfen zu bekommen. Zusätzliche verweist er auf den Kassenautomat am Eingang, an dem die Armbändchen für den Eintritt schnell und einfach zu bekommen seien.

Tagesordnungspunkt 10:

## Anfragen

Ratsmitglied Hoffmann fragt nach dem früheren Expresszug der Rhein-Haardtbahn von Bad Dürkheim nach Mannheim. Gibt es eine Möglichkeit, diesen wieder verkehren zu lassen?

Dr. Kistenmacher spricht von einer Entscheidung der Rhein-Haardtbahn GmbH und der Rhein-Neckar-Verkehr-GmbH, warum der Expresszug derzeit nicht mehr fährt. Zeitlich habe es nur wenige Minuten Fahrzeiteinsparung zwischen dem Expresszug (Linie 9) und der regulären Linie 4 gegeben.

Ratsmitglied Mackensen-Geis nimmt Bezug auf den Presseartikel der Rheinpfalz vom 14.01.2026 zur AfD-Veranstaltung in der Salierhalle. Sie hinterfragt die dort aufgeführte Aussage von Hoteldirektor Castillon, er habe sich die Genehmigung der Stadt für die Vermietung der Halle an die AfD eingeholt.

Bürgermeisterin Bauernschmitt teilt dazu mit, dass sie durch eine E-Mail von Herrn Castillon von der geplanten Veranstaltung erfahren habe. Danach folgte lediglich ein Austausch im Rahmen eines Telefongesprächs. Eine offizielle Genehmigung der Stadt wurde nicht erteilt.

Ratsmitglied Mackensen-Geis ergänzt ihre Anfrage, ob es grundsätzliche Überlegungen gebe, solche Veranstaltungen dort nicht mehr zu ermöglichen?

Bürgermeisterin Bauernschmitt betont noch einmal, dass demokratiefeindliche Veranstaltungen in Bad Dürkheim keinen Raum haben dürften. In der Salierhalle jedoch seien politische Veranstaltungen, unabhängig von den derzeitigen Eigentumsverhältnissen, so lange sich diese im Rechtsrahmen und im Rahmen des Grundgesetzes bewegten, zulässig.

Die Vorsitzende, Bürgermeisterin Natalie Bauernschmitt, schließt die öffentliche Sitzung um 18:50 Uhr.